

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 69 (1977)
Heft: 9

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeitschriften-Rundschau

Otto Böni

Plädoyer für ein zehntes Schuljahr

War die Forderung nach dem zehnten Schuljahr für Schweizer Kinder vor wenigen Jahren, das heisst in einer Zeit des Arbeitskräftemangels, reichlich utopisch, so hat sich in den letzten zwei Jahren die Situation grundlegend geändert. Selbstverständlich wird ein grosser Teil des Bürgertums diese Forderung nach wie vor ablehnen, aber die Gegenargumente haben an Boden verloren. Dafür gewannen andere, ungenannte Motive, Ängste und Bedürfnisse an Gewicht. In Zeiten wachsender Jugendarbeitslosigkeit wird die Chancengleichheit zu einer existenziellen Bedrohung für die Kinder des Bürgertums, und darum werden diese Kreise heute mehr denn je gegen eine Verbesserung der Schulen für die Kinder aus der Arbeiterschaft sein. Andererseits ergeben sich aus der Veränderung der Konjunkturlage gewichtige Argumente für die Einführung des zehnten Schuljahres, besonders dann, wenn man die derzeitige Krise als vorübergehend, als zeitlich eng begrenzt betrachtet. Dabei melden sich auch rein finanzielle Überlegungen in dem Sinne an, ob ein zehntes Schuljahr nicht billiger kommt, als Arbeitslosenunterstützung und die eventuellen Folgen von Jugendkriminalität. SP und Gewerkschaften werden sich daher möglichst bald sehr energisch in die Diskussionen um ein zehntes Schuljahr einschalten müssen.

Da in der Bundesrepublik alles schärfer akzentuiert ist und wird, haben die Debatten und die entsprechenden praktischen Versuche bereits klarere Konturen angenommen als bei uns. Hierüber berichtet Nummer 31 der Wochenzeitung der SPD *«Vorwärts»* (Bonn-Bad Godesberg). In ihrem Beitrag *«10. Schuljahr – Aus der Not zur Tugend»* orientiert Jutta Wilhelmi über die zwei in der BRD zur Diskussion stehenden Modelle für das zehnte Ausbildungsjahr: Ein Berufsbildungsjahr als Einstieg in die Berufsbildung oder ein 10. allgemeinbildendes Jahr in der Hauptschule. Die Autorin gibt in ihren Ausführungen der zweiten Variante den Vorzug. Ein wichtiger

Grund für die Skepsis der Autorin gegenüber dem Berufsbildungsjahr liegt in dem dominierenden Mitspracherecht der Wirtschaftsverbände. Dies zeigt sich darin, dass beispielsweise der Allgemeinbildung nur neun Stunden wöchentlich eingeräumt werden. Der ganze Bildungsgang ist auf die Forderungen der Wirtschaft abgestellt. All dies könnte noch akzeptiert werden, wenn – wie gefordert – dieses 10. Jahr als erstes Lehrjahr anerkannt würde. Was aber nur bei einem kleinen Teil der Absolventen der Fall war. Jutta Wilhelmi erwähnt in ihrem Beitrag auch ein vom Bürgertum immer wieder gebrauchtes Argument gegen ein 10. effektives Schuljahr, das Argument der Schulmüdigkeit. Als ob nicht auch bei den privilegierten Kindern, die Gymnasien und andere höhere Schulen besuchen, diese Symptome vorhanden wären. Aber hier kommt niemand auf den Gedanken, die Schulzeit zu verkürzen. Der Artikel von Jutta Wilhelmi wird ergänzt durch einen Beitrag von Egnon Lutz, der unabhängig von den beiden aufgezeigten Möglichkeiten die bildungspolitischen Wirkungen eines 10. Schuljahres darstellt.

Italiens Katholiken vor einer politischen Zerreissprobe?

Zu den informativsten und seriösesten kulturpolitischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet gehören bestimmt die im 32. Jahrgang erscheinenden *«Frankfurter Hefte»*. Oft weit voraussehend, wurden darin Probleme aufgegriffen und analysiert, die Jahre später Schlagzeilen machten. Als Herausgeber zeichnen zwei Publizisten, deren Namen international Anerkennung finden: Walter Dirks und Eugen Kogon. Neben den vielen positiven Attributen, welche die *«Frankfurter Hefte»* verdienen, ist es in erster Linie ihre fortschrittliche, kompromisslose antifaschistische Haltung, die einem immer wieder in die Augen springt. Die Juli-Nummer enthält einen Beitrag von Adolf Hampel zu einem Thema, das den *«Frankfurter Heften»* besonders am

Herzen liegt, der Linkskatholizismus. Seine Überschrift lautet: «Neue Bewegung im politischen Katholizismus Italiens». Dieses Thema dürfte vermutlich in den nächsten Jahren immer aktueller werden. Der Autor schildert die politische Entwicklung dreier wichtiger katholischer Organisationen und ihre Lösung von der Democrazia Cristiana (DC). Eingangs betont Hampel, dass diese immer stärkere Auflösung der Aktionseinheit des politischen Katholizismus eindeutig zugunsten der Linksparteien erfolgt. Am stärksten nach «links» hat sich die Bewegung der «Christen für den Sozialismus» gewandt. Für sie gibt es zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung keine andere Alternative als die marxistische. Diese Gruppierung steht der KP Italiens sehr nahe, und ein Aufgehen in derselben wird durch diese selbst verhindert, lehnt doch beispielsweise Enrico Berlinguer, trotz dem Wissen um die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, jeden Kompromiss zwischen den beiden Ideologien strikte ab. Die KPI anerkennt den Einsatz der «Christen für den Sozialismus» für die Arbeiterklasse, aber sie ist nicht willens, auf den Atheismus als integrierenden Teil der verbindlichen materialistischen Ideologie zu verzichten.

Als zweite katholische Organisation analysiert der Autor die ACLI (Associazione Crisrinae Lavoratori). Diese Bewegung zeichnet sich aus durch ihre heute umfassende Autonomie gegenüber der DC und eines stärkeren kritischen Verhältnisses zur kirchlichen Hierarchie. Auch in der dritten Organisation, der Comunione e liberazione, die in ihren Autonomiebestrebungen noch am weitesten zurückgeblieben ist, zeichnet sich eine gewisse Politisierung und Opposition ab. Sollte diese Entwicklung weitergehen (und alles spricht dafür), wird sich die politische Landschaft Italiens in den

nächsten Jahren gewaltig verändern, und die Reaktion, die diese Entwicklung mit Unruhe verfolgt, wird eine Auseinandersetzung suchen, die vermutlich nicht nur für Italien Auswirkungen haben wird.

In der gleichen Nummer der «Frankfurter Hefte» findet sich neben anderen lesenswerten Arbeiten ein Aufsatz mit «Notizen zum kubanischen Sozialismus», der in der kommenden Nummer fortgesetzt werden soll. Der Autor, Frank Niess, versucht eine positive Gesamtdarstellung des kubanischen Experimentes, wobei bei aller Differenziertheit eine gewisse Idealisierung der Zustände nicht von der Hand zu weisen ist.

Hinweise

Im Hinblick auf die Wahlen für das Europäische Parlament dürfte es ganz interessant sein, einmal festzustellen, ob die unter der selben politischen Fahne segelnden Parteien der verschiedenen Länder auch tatsächlich die selben Ziele verfolgen. In der Augustnummer der «Neuen Gesellschaft» (Bonn-Bad Godesberg) versucht Jean Le Garrec ein Bild der Sozialistischen Partei Frankreichs zu zeichnen, und Gustave Stern versucht das Verhältnis zwischen französischen Sozialisten und der SPD zu analysieren. Über «Die Sozialistische Internationale heute – Chancen und Grenzen der Internationalen Zusammenarbeit» berichtet sodann Thomas Mirow.

In der Augustnummer der Zeitschrift des Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes «WSI-Mitteilungen» (Bund Verlag, Köln) wird das Thema «Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat» aufgegriffen. Die darin enthaltenen Aufsätze dürften nicht nur das Interesse der aktiven Gewerkschafter finden, sondern auch dasjenige des allgemein politisch interessierten Lesers.